

LUST AUF MORGEN

THEMEN • IDEEN • KONTROVERSE

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir alle haben ein Ziel: Wir wollen die SPD für die Zukunft fit machen. Mit neuen Ideen, mit einem neuen politischen Stil.

In den letzten Monaten haben wir vor allem Fragen gestellt. Zugehört. In den Ortsvereinen, auf dem Debattencamp und online im Debattenportal. Wir sind begeistert von den vielen Ideen und Vorschlägen, die uns erreicht haben.

Eure Debatten, Eure Impulse, Eure Ideen haben wir gesichtet und ausgewertet — das sind die Grundlagen für unsere Entscheidungen in den kommenden Monaten. Dazu dient diese Übersicht der zentralen Ergebnisse. Sie dokumentiert die bisherigen Debatten, wohlwissend, dass noch nicht alle Themen diskutiert wurden. Es sind viele unterschiedliche Ideen, doch es gibt etwas, das alle verbindet: Die Leidenschaft. Wir alle wollen etwas verändern, wir wollen eine starke SPD. Weil wir für ein besseres Land kämpfen.

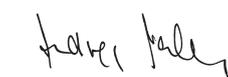
Jetzt geht es darum, die Vorschläge zu verdichten, um die nötigen Entscheidungen vorzubereiten. Wir werden deutlich machen, wofür die SPD steht. Jetzt ist die Zeit, Antworten zu geben. Das machen wir bis zur Klausur des Parteivorstandes im Februar. Die Ergebnisse hier sind eine wichtige Grundlage dafür.

Eines versprechen wir Euch: Wir machen jetzt weiter. Nach den ersten Beschlüssen des Parteivorstandes diskutieren wir die neuen Positionen in ganz Deutschland weiter – online und offline.

Auf dem Bundesparteitag 2019 werden wir sie dann in einem umfassenden Beschluss zusammenführen.

Wir wollen eine SPD mit Visionen. Eine Partei mit einem klaren Bild, wie die Gesellschaft von morgen aussehen soll und welchen Weg wir dafür gehen müssen.

Herzliche Grüße



Andrea Nahles



Lars Klingbeil

INHALT

DEN SOZIALSTAAT REFORMIEREN	2
AUFBRUCH IN EUROPA	4
ARBEIT VON MORGEN	7
KLIMA SCHÜTZEN, WOHLSTAND ERWIRTSCHAFTEN, INNOVATIONEN FÖRDERN	9
DIGITALISIERUNG SOZIALDEMOKRATISCH GESTALTEN	11
NEUES MITEINANDER GESTALTEN	13
IN WOHNEN UND MOBILITÄT INVESTIEREN	15
BILDUNG NEU DENKEN	16
WIR IN DER WELT	18
MODERNE PARTEIARBEIT ORGANISIEREN	20



Foto: ©gettyimages.de

DEN SOZIALSTAAT REFORMIEREN

NEUES LEITBILD FÜR DEN SOZIALSTAAT

DIE DEBATTE: Wesentliche Elemente eines neuen Leitbildes des Sozialstaates sollen sein: Soziale Teilhabe statt Ausgrenzung, Bürgerfreundlichkeit statt Misstrauen und besserer Zugang zu staatlichen Leistungen durch weniger Bürokratie.

HARTZ IV ÜBERWINDEN

DIE DEBATTE: Das derzeitige System der Förderung und Grundsicherung bei Arbeitslosigkeit („Hartz IV“) soll grundlegend reformiert werden. Die mit „Hartz IV“ verbundenen Ausgrenzungs- und Abstiegsängste müssen überwunden werden. Menschen, die lange gearbeitet haben, müssen – z.B. durch ein verlängertes Arbeitslosengeld 1 und/oder eine neue Leistung („Zwischenebene“) zwischen Arbeitslosengeld 1 und 2 – bei Arbeitslosigkeit bessergestellt werden als jene, die nie gearbeitet haben. Außerdem soll es weniger Sanktionen und Bürokratie sowie einen Qualifikationsschutz geben. Das bedeutet: Niemand wird in Arbeit vermittelt, die unter seiner erworbenen Qualifikation liegt. Kinder gehören überhaupt nicht in die Grundsicherung für Arbeitssuchende. Sie müssen eigenständige Ansprüche bekommen.

FÜR UND WIDER EINES BEDINGUNGSLOSEN GRUNDEINKOMMENS

DIE DEBATTE: Die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen bleibt hoch umstritten. Für die einen ist dies der Schlüssel zu Selbstbestimmung und Teilhabe für alle – verbunden mit immensen Einsparungen durch den Wegfall vieler Einzelleistungen. Für die anderen bleibt die eigene Erwerbstätigkeit unerlässlich. Das bedingungslose Grundeinkommen sehen sie als „Stilllegungsprämie“ und plädieren dafür, den Faktor Arbeit zu stärken und die Mittel besser in Bildung und soziale Infrastruktur (z.B. Schulen, Krankenhäuser, Sport- und Freizeitanlagen, kulturelle Einrichtungen) zu investieren. Zu den beiden Alternativen kommen vermittelnde Politikvorschläge, wie etwa ein an Erwerbstätigkeit gekoppeltes Grundeinkommensjahr, das mehr Zeitsouveränität in Arbeit und Beschäftigung ermöglichen soll.

KINDERARMUT BEKÄMPFEN

DIE DEBATTE: Kinderarmut in Deutschland soll wirksam bekämpft und allen Kindern unabhängig von ihrem familiären Hintergrund Teilhabe ermöglicht werden. Ein mögliches Modell einer grundlegenden Absicherung für Kinder könnte aus zwei Elementen bestehen: Erstens eine einfach zugängliche und diskriminierungsfreie Geldleistung, die die bisherigen Einzelleistungen zusammenfasst, aufstockt und Kinder unabhängig von Arbeitslosengeld 2 macht. Zweitens Investitionen in Infrastruktur wie gute Ganztagschulen, Musikschulen, Schwimmbäder, kostenfreien öffentlichen Personennahverkehr für Kinder (mit Schwerpunkt in benachteiligten Stadtteilen und Regionen). Weiterer wichtiger Punkt: Die soziale Durchmischung von städtischen Quartieren, um gerade Kindern Motivation und Vorbilder zu geben.

MEHR ZEIT FÜR PFLEGE

DIE DEBATTE: Mehr Zeit, mehr Wertschätzung und mehr Solidarität in der Pflege sollen sowohl den Alltag der Pflegenden als auch den der Pflegebedürftigen verbessern. Dies erfordert mehr Verantwortung und Kompetenzen für Pflegeberufe sowie eine teambasierte Pflege ohne Hierarchie, also ohne die zentrale Stellung von Ärztinnen und Ärzten. So sind mehr Ganzheitlichkeit in der Pflege und mehr Zeit für Pflege im engeren Sinne möglich. Zudem sollen die Gewinninteressen in der Pflege durch eine Begrenzung oder sogar Abschaffung von Renditen zurückgedrängt und die Eigenanteile von Pflegebedürftigen gedeckelt werden bzw. durch eine Pflegevollversicherung ganz entfallen.

ZUKUNFT DER RENTE

DIE DEBATTE: Um allen Bürgerinnen und Bürgern ein menschenwürdiges Leben im Alter frei von Armut zu garantieren, wird eine Grundrente diskutiert. Insgesamt soll die gesetzliche Rentenversicherung gestärkt und alle Erwerbstätigen, z.B. auch Solo-Selbständige einbezogen werden.



AUFBRUCH IN EUROPA

DEMOKRATIE IN EUROPA STÄRKEN

DIE DEBATTE: Die Europäische Union ist nicht ausreichend demokratisch legitimiert. Das sollten wir ändern, indem wir dem Europäischen Parlament ein Initiativrecht zusprechen und die Parlamentarierinnen und Parlamentarier eine Entscheidungsbefugnis für die Bereiche Verteidigung, Finanzen und Soziales erhalten. Ein Gremium in Form eines Bundesrates/Ministerrates sollte über die Parlamentsbeschlüsse entscheiden. In einigen Fragen – wie zu demokratischen Rechten – sollten Minderheitsentscheidungen eingeführt werden, damit nicht einzelne Staaten eine weitere Demokratisierung blockieren können. Ein wichtiger Schritt zu mehr Demokratie innerhalb der Union wäre die Direktwahl des Kommissionspräsidenten. Um Bürgerbeteiligung weiter zu erhöhen, sollten zudem bei großen Fragen, die viele Menschen in der EU bewegen (beispielsweise Handelsabkommen wie TTIP), Volksentscheide eingeführt werden. Um den Befürchtungen zu begegnen, dass Wirtschaftsüber Bürgerinteressen stünden, sollte Lobbyismus begrenzt und transparenter gemacht werden.

SOLIDARITÄT LEBEN

DIE DEBATTE: Deutschland profitiert vom Zusammenwachsen Europas. Die Vorschläge von Frankreichs Präsident Macron für Europa sollten wir unterstützen. Sie bedeuten mehr Solidarität und mehr Hilfe für süd- und osteuropäische Staaten, die beispielsweise mit hoher Jugendarbeitslosigkeit zu kämpfen haben. Es muss unser Ziel sein, in Europa einheitliche soziale Richtlinien und Standards festzulegen. Die Solidarität mit Staaten in der EU muss solider werden, aber auch die Solidarität innerhalb der EU in Bezug auf Menschen, die aus einer Not heraus von Ländern außerhalb der EU zu uns kommen. Die Fluchtbewegungen der vergangenen Jahre haben deutlich gemacht, dass das Dublin-Abkommen gescheitert ist. Gemeinsame Asylkriterien und Verteilungsquoten müssen festgelegt werden, bevor ein neues Abkommen verabschiedet wird. Die ganze Last beispielsweise bei den Mittelmeerländern abzuladen, ist äußerst unsolidarisch. Unsolidarisches Verhalten muss künftig stärker bestraft werden – notfalls mit einem Rausschmiss aus der Union.

ZUKUNFT DER EU AKTIV GESTALTEN

DIE DEBATTE: Deutschland soll den europäischen Gedanken stärker leben und vertreten. Wir tragen eine Verantwortung für das Gelingen dieses Friedens-, Sozial- und Wirtschaftsprojektes „Europäische Union“. Als wirtschaftsstärkstes Mitgliedsland hat Deutschland ein unbestritten starkes Gewicht. Jedoch berechtigt das keineswegs dazu, eine Sonderrolle einzufordern. Länder der EU, die das aus unserer Sicht notwendige Tempo bei der Weiterentwicklung der Gemeinschaft nicht mitgehen können oder wollen, sollen langsamer machen und später wieder aufschließen können. Deutschland soll aber mit Ländern wie Frankreich, Spanien, Portugal, Belgien, Luxemburg und den Niederlanden neue Initiativen zur Vertiefung der Union ergreifen und vorangehen.

RECHTSPOPULISMUS IN EUROPA BEKÄMPFEN

DIE DEBATTE: Wir brauchen eine stärkere Zusammenarbeit der Proeuropäerinnen und -europäer, um Populismus und grassierenden Antisemitismus mit Mut zu begegnen und zu bekämpfen. Wichtige Schritte auf diesem

Weg: noch mehr politische Bildung in Schulen, Vereinen und am Arbeitsplatz. Die SPD kann dazu beitragen, dass Begriffe, die von Populisten „missbraucht“ werden, wieder demokratisch besetzt werden. Und, dass „sozialdemokratische Vernunft“ ernst genommen wird. Wir müssen als gefestigte, unerschrockene Demokratinnen und Demokraten auftreten und regionale Probleme sowohl lokal, aber zugleich auch global diskutieren – allerdings ohne akademische Überheblichkeit.

EUROPA SOZIAL STÄRKEN

DIE DEBATTE: Wir müssen das Soziale Europa durch eine bessere politische Integration stärken. Ein zentraler Schritt dabei ist das Setzen von gemeinsamen Mindeststandards für unsere Sozialsysteme – zum Beispiel bei den Systemen für langzeitarbeitslose Menschen. Wir brauchen sehr schnell eine Absicherung dieser Sozialsysteme – eine Absicherung, die auch in Zeiten wirtschaftlicher Krisen stabil ist.

MIGRATION UND INTEGRATION EUROPÄISCH GESTALTEN

DIE DEBATTE: Migration ist Herausforderung, aber auch Chance – die SPD sollte nicht vergessen, das herauszustellen. Dabei ist klar: Migration ist keine nationale, sondern eine europäische Aufgabe. Deshalb brauchen wir eine europäische Einwanderungs- und Asylregelung, die für alle EU-Staaten gilt. Ein Lösungsansatz in der Migrationsfrage sollte ein Rettungsring (Cordon sanitaire) der Vereinten Nationen sein, der in Staaten eingerichtet wird, die an Krisengebiete angrenzen. Von Migrantinnen und Migranten, die zu uns kommen und ihre Heimat mit gewohnter Werteumgebung verlassen haben, können wir nicht erwarten, dass sie unsere Gesetze und kulturellen Regeln kennen. Wir können aber erwarten, dass sie bereit sind, sie kennen zu lernen. Dazu bedarf es unserer Hilfe und Unterstützung. Es hilft Migrantinnen und Migranten, wenn sie wissen, wie wir ticken – und genau das fördert ihre Integration. Ein Projekt sollte es auch sein, Migrantinnen und Migranten bei uns zu schulen, damit sie als Mittler und Ausbilder in ihre Heimat zurückkehren können, um dort die Lebensbedingungen zu verbessern. Für eine vorausschauende Politik sollten wir die Fluchtgründe, die wir Europäerinnen und Europäer zu verantworten haben (durch Kolonialismus, unregelmäßigen Kapitalismus, falsche Entwicklungshilfen, Umweltzerstörung/-verschmutzung, Wirtschaftsabkommen, TTIP, CETA, Waffenlieferungen, Armut, Krieg und Verfolgung), in den Blick nehmen und an den Wurzeln ihrer Entstehung aktiv beseitigen. Dafür ist es sinnvoll, dass sich Politik stärker mit NGOs und Kirchen vernetzt.

GEMEINSAME AUßEN- UND SICHERHEITSPOLITIK VORANTREIBEN

DIE DEBATTE: Die EU soll frühzeitig und stärker als bisher bei Krisen in anderen Ländern aktiv werden, um Konflikte einzudämmen und bei deren Lösung zu unterstützen. Dafür braucht es eine gemeinsame, handlungsfähige Außenpolitik der EU. Die SPD als Friedenspartei soll dabei stets auf einen diplomatischen Weg der Konfliktlösung drängen. Im Rahmen einer neuen Sicherheitspolitik der Europäischen Union soll dennoch der Aufbau einer europäischen Armee auf den Weg gebracht und auch Friedensmissionen wie die in Mali verstärkt werden. Um Europas außenpolitische Stimme in der Welt zu stärken, sollte das Ziel ein fester europäischer Sitz im UN-Sicherheitsrat sein.

EU-BUDGET EINFÜHREN

DIE DEBATTE: Die SPD soll die Idee des französischen Präsidenten Macron eines Euro-Zonen-Budgets unterstützen und für eine rasche Umsetzung sorgen. Dabei muss von Anfang an gewährleistet sein, dass der Einsatz der Mittel transparent und parlamentarisch kontrolliert vorgenommen wird. Es darf nicht sein, dass ein solches Budget allein von den Euro-Finanzministern in Hinterzimmern der EU verwaltet wird. Der Bereich der EU-Förderungen soll ebenfalls reformiert werden. Bei Verteilung der Mittel soll künftig stärker darauf geachtet werden, welche Länder an Einigungen mitwirken und eine europäische Politik vorantreiben – sie sollen stärker unterstützt werden.

WIRTSCHAFTSPOLITIK HARMONISIEREN

DIE DEBATTE: Unsere Wirtschaftspolitik soll sich am Gemeinwohl orientieren – und nicht an der Mehrung des Finanzkapitals. Ein wichtiger Schritt dazu ist eine Harmonisierung der Wirtschaftspolitik innerhalb der Europäischen Union sowie eine gemeinsame Finanz- und Arbeitsmarktpolitik. Und zwar verbunden mit einem Paradigmenwechsel vom absolutem zum qualitativen Wachstum. Deutschland soll dabei mit einer Qualitäts-offensive als Vorreiter und Vorbild vorweggehen.

STEUERGERECHTIGKEIT SCHAFFEN

DIE DEBATTE: Um mehr Steuergerechtigkeit zu erreichen, brauchen wir eine Mindestbesteuerung von Unternehmen. Steueroasen müssen ausgetrocknet und Steuerschlupflöcher gestopft werden. Eine Finanzwende wird zu einer gerechten Besteuerung z.B. von Google, Amazon u.a. führen. Wo das Geld verdient wird, muss es auch vollumfänglich versteuert werden. Wir brauchen die Finanztransaktionssteuer, während wir auf der anderen Seite die Besteuerung von Löhnen senken. Ziel soll eine einheitliche Steuerpolitik in der EU sein, mit einer Abkehr von der bisherigen Austeritätspolitik – das heißt beispielsweise für Griechenland: tatkräftige Hilfe für Griechenland, um eine gerechte Besteuerung aufzubauen, Schuldenschnitt und Neuanfang zu ermöglichen. Im Sinne einer solidarischen Zukunft soll das europäische Steuersystem eine Umverteilung ermöglichen.



Foto: ©gettyimages.de

ARBEIT VON MORGEN

PARTEI DER ARBEIT

DIE DEBATTE: Unumstritten ist, dass die SPD die Partei der Arbeit ist und bleiben muss. Dennoch wird die Sozialdemokratie bei den massiven Umwälzungen am Arbeitsmarkt derzeit nicht mehr als Schutzmacht für Gerechtigkeit und Teilhabe wahrgenommen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften muss sie auch in Zukunft gute Arbeit gestalten und Anwältin der abhängig Beschäftigten sein. Dazu gilt es auf allen Ebenen die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zu stärken. Es muss um eine praktische Politik für eine Arbeitswelt gehen, die sich den Menschen anpasst und nicht anders herum.

UNSERE ARBEITSWELT FÜR DIE MENSCHEN MODERNISIEREN

DIE DEBATTE: Erwerbsarbeit ist weiter zentral für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dabei ist die Arbeitswelt zunehmend in gut abgesicherte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf der einen und prekär Beschäftigte auf der anderen Seite gespalten. Unsere Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit hängt auch davon ab, die Belange der Beschäftigten im Auge zu haben. Wir brauchen einen starken Staat, der den Rahmen setzt und die Unterschiedlichkeit der modernen Arbeitswelt im Blick hat. Und wir brauchen Unternehmen, die sich ihrer Verantwortung für die Menschen bewusst sind. Kontrovers bleibt die Frage, ob unsere Forderungen nach Flexibilisierung der Arbeitszeit, Stärkung der Tarifbindung und lebensbegleitendem Lernen an der Wirklichkeit vorbeigehen. Sie zielen vor allem auf große Unternehmen, sind in kleinen und neuen Organisationsformen aber nur schwer umzusetzen. Das Bild von der klaren Trennung abhängiger und selbstständiger Beschäftigung scheint häufig nicht mehr zeitgemäß.

ARBEIT IN DER DIGITALEN WELT AKTIV GESTALTEN

DIE DEBATTE: Die Digitalisierung verändert, wie wir arbeiten und Werte schaffen. Sie entwickelt sich rasant und entgrenzt zunehmend Arbeitsort, Arbeitszeit und Beschäftigungsformen. Deshalb wird die Digitalisierung nicht nur als Chance gesehen, die Angst vor Nachteilen für die Beschäftigten ist groß. Viele haben Mühe, angesichts dieser Entwicklung das Niveau ihrer Qualifizierung zu erhalten. Deshalb gilt es, die digitalisierte Arbeitswelt von morgen aktiv zu gestalten und den Schutz der Beschäftigten, die Mitbestimmung und den Sozialstaat neu zu organisieren. Angesichts von Plattformarbeit muss auch neu definiert werden, was Beschäftigte und Unternehmen sind. Mit einem besseren Schutz gegen Datenmissbrauch (Überwachung, Verhaltens- und Leistungskontrollen, Sammlung von Gesundheitsdaten) müssen die Persönlichkeitsrechte der Beschäftigten stärker geschützt werden.

ARBEITSZEIT VERKÜRZEN, ZEITSOUVERÄNITÄT AUSBAUEN

DIE DEBATTE: Der Leistungsdruck in unserer Arbeitswelt nimmt zu. Viele wünschen sich Entlastungen, verkürzte Arbeitszeiten, mehr Flexibilität im Umgang mit der eigenen Zeit und mehr Zeitressourcen für Familie, Pflege, zur Weiterbildung, zum Stressabbau und zur Regeneration. Ein wesentliches Instrument hierbei sind Arbeits-

zeitkonten, die Möglichkeiten der Flexibilisierung mit Blick auf die Lebensarbeitszeit bieten. Gleichzeitig gilt es, z.B. durch verbesserte Möglichkeiten der Heimarbeit, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Mehr Flexibilität und mehr Homeoffice müssten aber mit klaren Regeln verbunden werden, damit Beschäftigte nicht ausgebeutet werden.

GUTE ARBEIT GUT BEZAHLEN

DIE DEBATTE: Viele erhalten heute nicht mehr den Lohn, der ihnen für gute Arbeit zusteht. Der Mindestlohn ist eine große Errungenschaft von SPD und Gewerkschaften. Er muss zu einem Lohn ausgebaut werden, der vor Armut schützt. Trotz der bestehenden Mechanismen zur Festlegung des Mindestlohns, werden dafür 12 Euro vielfach als angemessenes Niveau angesehen. Die Anpassung des Mindestlohns sollte darüber hinaus aber auch zukünftig von der Tarifentwicklung abhängig sein und alle zwei Jahre durch die Mindestlohnkommission erfolgen. Die SPD muss sich zunehmend wieder um diejenigen kümmern, die nur einen geringen Verdienst haben. Sie muss sich für gleichen Lohn für gleiche Arbeit in der Leiharbeit einsetzen und einem Lohndumping durch erzwungene Selbstständigkeit entgegenreten.

TARIFBINDUNG STÄRKEN

DIE DEBATTE: Die Tarifbindung zu stärken bleibt erklärtes Ziel. Deutlich wird dabei jedoch, dass dies gerade in kleinen Betrieben, bei Solo-Selbstständigen, Click- und Crowd-Workern ein schwieriges Unterfangen ist. Bei der Ausschreibung von öffentlichen Aufträgen muss die Tarifbindung zur Voraussetzung gemacht werden. Im Falle von Outsourcing und Betriebsverkäufen müssen Tarifverträge weiter gelten, bis ein neuer abgeschlossen ist. Kontrovers diskutiert wird dabei die Frage, ob die mit den Gewerkschaften ausgehandelten Tarifverträge zukünftig stärker nur noch für deren Mitglieder gelten sollten. Die Gewerkschaften versuchen zunehmend auch (Solo-) Selbstständige zu organisieren.

MITBESTIMMUNG ERNEUERN

DIE DEBATTE: Mitbestimmung und betriebliche Interessenvertretung müssen ausgebaut und an die Arbeits- und Lebenswelt des 21. Jahrhunderts angepasst werden. Der Schutz der Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern muss auch in der digitalen Arbeitswelt durchgesetzt werden. Es gilt Betriebsräte zu stärken, ihre Rechte zu erweitern und den Kündigungsschutz für befristet beschäftigte Betriebsräte zu verbessern. Sogar die Pflicht zur Gründung von Betriebsräten wird vorgeschlagen. Neben der klassischen Mitbestimmung geht es vielen aber auch um mehr Selbstbestimmung und Demokratie am Arbeitsplatz. Mehr Teamarbeit, weniger Hierarchie und eine direktere Beteiligung an der Gestaltung von Arbeitsprozessen.



Foto: ©gettyimages.de

KLIMA SCHÜTZEN, WOHLSTAND ERWIRTSCHAFTEN, INNOVATIONEN FÖRDERN

ZUKUNFTSTHEMA UMWELTPOLITIK

DIE DEBATTE: Der klassische Wachstumsbegriff ist überholt – wir brauchen qualitatives Wachstum. Umweltschädliche Subventionen im Umfang von aktuell 57 Mrd. Euro (zum Beispiel für Flugbenzin) sind umweltpolitisch nicht zu rechtfertigen. Stattdessen sollte in zukunftsfähige Technologien und in Innovationen, z.B. in neue Verkehrskonzepte investiert werden, etwa in einen kostenlosen öffentlichen Personennahverkehr, in Öko-Wirtschaft, in Unterstützung für ökologische Landwirtschaft. Außerdem: Gesetzgebung vereinfachen. Zu viel Bürokratie hindert Menschen und vor allen Unternehmen daran, gute umweltpolitische Maßnahmen umzusetzen. Globale Nachhaltigkeitsziele sollten als SPD-Ziele verankert werden. Die SPD muss eine sozial orientierte Umweltpartei werden.

MEHR TEMPO BEIM KLIMASCHUTZ

DIE DEBATTE: Die Klimapolitik muss eine größere Bedeutung bekommen. Der Sommer 2018 hat sehr deutlich gezeigt: Der Klimawandel findet statt. Deutschland verfehlt jedoch seine Klimaziele. Würde unser Land eine Vorreiterrolle übernehmen, würden auch andere Länder mitziehen. Die Lösungen liegen auf dem Tisch, Ausreden, warum diese oder jene Maßnahme vertagt wird, darf es nicht mehr geben. Klimaschutz muss Topthema auf der politischen Agenda sein. Die ökologische Frage ist das Zukunftsprojekt – alle anderen Ziele werden obsolet, wenn es nicht gelingt, die Klimakrise zu lösen. Der Energieverbrauch muss insgesamt eingeschränkt, regenerative Energien gestärkt werden. Die SPD muss sich auf ihre DNA besinnen („Blauer Himmel über der Ruhr“). Sie muss Arbeit, soziale Gerechtigkeit und Umwelt vereinen – auch in der Debatte um den Strukturwandel in den Kohlerevieren. Das ist ihre Rolle.

CO²-AUSSTOß BESTEUERN

DIE DEBATTE: Intensiv diskutiert wurde, ob ein CO²-Preis über den Weg einer steuerlichen Lösung eingeführt werden soll, selbst wenn damit höhere Kosten verbunden sein sollten. Zugleich müsste die Stromsteuer neu reguliert werden. Alternativ wurde der Pfad, weg von einer steuerlichen Lösung, hin zur rein steuernden Wirkung durch Investition, diskutiert. Wenn mit einem Steuermodell höhere Einnahmen über einen CO²-Preis generiert werden, liegt es an der Politik zu erklären, was mit den Steuer-Einnahmen geschieht. Dies ist im Sinne der Generationengerechtigkeit als verantwortungsvolle Politik vermittelbar. Weitere ökologisch schädliche Subventionen müssen abgebaut werden. Ziel ist der sozial-ökologische Umbau. Die Botschaft muss sein: Die SPD verbindet Arbeit und Umwelt und gestaltet Klimaschutz ohne finanzielle Überlastungen für Private und Unternehmen.

WACHSTUM FÜR ALLE?

DIE DEBATTE: Unser Wachstumsmodell muss überdacht werden: Ökologische Grenzen gilt es zu berücksichtigen und zu respektieren, ökologische Folgekosten müssen eingepreist werden („umweltökonomische Gesamtrechnung“). Wohlstand und gutes Leben für alle sind besser als Wachstum für alle.

INNOVATION UND WETTBEWERBSFÄHIGKEIT FÖRDERN

DIE DEBATTE: Wir brauchen eine industriepolitische Strategie: Deutschland muss seine Spitzeninfrastruktur in den Bereichen Bildung, Mobilität und Digitalisierung erhalten und ausbauen und zugleich in nachhaltiges Wachstum investieren (privat und Staat – ggf. auch unter Abkehr von der „schwarzen Null“). Auch kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ab ca. 1.000 Beschäftigte sollen steuerliche Forschungsförderung erhalten. Die Möglichkeiten zur Wagniskapitalfinanzierung sollen ausgebaut werden. Die SPD muss verstärkt den Dialog mit kleinen und mittleren Unternehmen und dem Mittelstand suchen.



DIGITALISIERUNG SOZIAL- DEMOKRATISCH GESTALTEN

Foto: ©offset.com

DIGITALEN KAPITALISMUS GESTALTEN

DIE DEBATTE: Die SPD war immer eine Fortschrittspartei, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt – auch in der digitalen Welt. Die Digitalisierung verlangt nach mehr Gestaltungs- und auch Regulierungswillen als bisher. Sie muss als positive Herausforderung angenommen und entlang sozialdemokratischer Werte gesteuert werden. Wir brauchen ein europäisches Modell der Digitalisierung. Um die digitale Gesellschaft zu gestalten und zu regulieren ist mehr Multilateralismus und Kooperation nötig. Konkret wird ein „Pariser Abkommen“ für die Datengesellschaft vorgeschlagen. Für die SPD bleiben bei digitalen Entwicklungen die Interessen der Beschäftigten weiter wichtig. Weniger zu arbeiten muss nichts Schlechtes sein, wir müssen Arbeit anders organisieren und strukturieren. Arbeit für die Gesellschaft ist auch Arbeit. Robotisierung und Automatisierung stellen die Verteilungsfrage neu. Gute Löhne sind wichtig, aber die zentrale Dividende der Digitalisierung heißt Arbeitszeitverkürzung.

DATENSCHUTZ DURCHSETZEN – RECHT IN DER DIGITALEN WELT BEWAHREN

DIE DEBATTE: Die wachsende Plattformmacht gefährdet unser Verständnis von Datensouveränität und Datenschutz. Das Recht (z.B. die Datenschutzgrundverordnung – DSGVO) muss konsequenter durchgesetzt werden – mit ordnungsrechtlichen Mitteln und intelligenten Technologien. Um bessere Angebote machen zu können und Wettbewerb zu sichern, sollten europäische Unternehmen das Datenportabilitätsrecht nutzen (nach Artikel 20 der DSGVO). Das heißt, eigene Daten können beim Wechsel eines Dienstleisters mitgenommen werden. Wir müssen uns der kompletten Umstrukturierung oder Zerschlagung des Rechts („Disruption“) entgegenstellen. Wenn Recht nicht bindend ist, stehen hohe Güter wie Copyright oder Steuerpflicht zur Debatte. „Scoring“ – eine Technik, die Menschen mittels bestimmter Kriterien mathematisch auswertet und beurteilt – birgt negative Folgen im Alltag und die Gefahr, dass Menschen diskriminiert werden. Es sollte überprüft werden, „Scoring-Tarife“ (z.B. bei Versicherungen) zu regulieren oder gar zu verbieten. Aus Sicht der Verbraucherinnen und Verbraucher wäre „Interoperabilität“ hilfreich, technische Systeme (wie Messenger-Dienste oder soziale Netzwerke) sollten miteinander kompatibel sein. Das würde die marktbeherrschende Stellung einzelner Anbieter verringern.

DIGITALE INFRASTRUKTUR AUSBAUEN

DIE DEBATTE: Notwendig sind massive Investitionen, Fördermittel und Steuererleichterungen. Vorrangig sollte der flächendeckende Ausbau von schnellem Internet und der fünften Mobilfunkgeneration (5G) auch in ländlichen Räumen sein. Denkbar ist es, die Dateninfrastruktur auf die europäische Ebene auszuweiten, z.B. eine europäische Cloud aufzubauen. Die digitale Infrastruktur muss eine der zentralen Aufgaben des vorsorgenden Staates werden. Das kann Teilhabe ermöglichen, Wettbewerbsfähigkeit fördern und die Ängste der Menschen in Regionen, die bisher noch nicht umfassend an schnelle Netze angebunden sind, mindern.

DIGITALSTEUER EINFÜHREN

DIE DEBATTE: Die Gewinne dürfen nicht nur bei den großen Konzernen anfallen, die Renditen der Digitalisierung müssen auch in der Gesellschaft ankommen. Konkret wird vorgeschlagen, digitale Konzerne mithilfe einer „Digitalsteuer“ angemessen zu besteuern.

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ (KI) GESTALTEN

DIE DEBATTE: KI wird mit Daten gefüttert. Daher ist entscheidend, wem die Daten gehören. Die KI ist nur ein Abbild der Gesellschaft. Nicht die KI alleine trifft Entscheidungen, sondern die Menschen, die sie „füttern“. Die KI braucht daher Rahmenbedingungen und Regeln, was erlaubt ist und was nicht. Sie sollte gestaltet werden – KI-Systeme sollten nur mit den Daten gefüttert werden, die wir wollen. Es ist weder für Behörden noch für Verbraucherinnen und Verbraucher möglich, einzuschätzen, welche Auswirkungen sich aus Algorithmenpraktiken ergeben. Die Algorithmen sollten daher transparent gemacht und Kriterien offengelegt werden. Neue Möglichkeiten, wie die Emotionserkennung in Gesichtern dürfen nicht zu Lasten von Frauen erfolgen, indem Rollenstereotype zu Grunde gelegt werden. Als Dienstleister für Behörden soll ein „Algorithmen-TÜV“ eingerichtet werden. Konkret wird außerdem ein „KI-Chip“ vorgeschlagen. Er würde dafür sorgen, dass persönliche Daten bei den Nutzerinnen und Nutzern auf dem Endgerät bleiben und nicht an die Anbieter von digitalen Diensten übertragen werden müssen.



Foto: ©gettyimages.de

NEUES MITEINANDER GESTALTEN

UNSERE DEMOKRATIE VERTEIDIGEN

DIE DEBATTE: Dem Rechtsruck in unserem Land gilt es zu begegnen, indem Menschen für eine wehrhafte und repräsentative Demokratie begeistert werden. Die SPD muss selbst stärker zum Sprachrohr werden. Wir müssen unsere eigenen demokratischen Werte und Überzeugungen wahrnehmbarer nach außen tragen. Gerade in Ostdeutschland ist die Skepsis gegenüber der Demokratie und ihren Institutionen groß. Es gilt, die Nachwendzeit verstärkt aufzuarbeiten. Mit einem Verfassungsfeiertag am 23. Mai, dem Tag des Grundgesetzes, könnte die Bedeutung von Demokratie für unser Land unterstrichen werden. Ein Demokratie-Gesetz soll den zivilgesellschaftlichen Kampf gegen Rechts und für Demokratie unterstützen. Mit jenen, die von unserer Demokratie enttäuscht sind, muss geredet werden. Strittig bleibt jedoch, wie intensiv der Dialog mit Menschen geführt werden soll, die am rechten Rand stehen und wählen.

ENTSCHIEDEN GEGEN RECHTS KÄMPFEN

DIE DEBATTE: Der Kampf gegen Rechts ist nicht gescheitert, aber schwerer geworden. Dennoch wird er engagiert geführt. Gemeinsam mit sozialen Bewegungen und Initiativen muss die SPD auch in Zukunft gegen Nationalismus, Rassismus, Sexismus und Chauvinismus und jede andere Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit kämpfen. Wir müssen den Rechten die Stirn bieten und die Speerspitze der demokratischen Bewegung bilden. Intoleranz und Rassismus, aber auch Respekt und Anerkennung beginnen dabei bereits im Alltag, durch Sprache und Begriffe. Kontrovers wird auch hier diskutiert, in welchem Umfang die SPD die Diskussion mit Nazis, Rassisten und Rechtsextremen führen soll.

HEIMAT MIT LEBEN FÜLLEN

DIE DEBATTE: Die SPD muss für einen starken Zusammenhalt in einer offenen, modernen und diversen Gesellschaft eintreten. Das deutliche hörbare Bekenntnis der Zusammengehörigkeit in dieser Gesellschaft wird derzeit teilweise vermisst. In diesem Sinne gilt es auch, den Diskurs über den Begriff Heimat zurückzuerobern und ihn nicht nur anderen zu überlassen. Begriffe und ihre Definition stehen nicht fest, sondern müssen besetzt werden. Sie dürfen nicht ausgrenzen, es braucht ein einladendes Verständnis von Heimat. Jenseits der Frage nach einem Begriff, gilt es konkrete Politik – z.B. beim Wohnungsbau oder in der Daseinsvorsorge zu machen, um das Leben der Menschen zu verbessern. Kontrovers ist, ob dies ausreicht, damit Menschen sich bei uns wohl fühlen. Offen bleibt auch, ob der SPD die Diskussion um den Begriff Heimat zu stark von den Rechten aufgezwungen wird.

GELINGENDE INTEGRATION ERMÖGLICHEN

DIE DEBATTE: Migration und Integration sind eng miteinander verbunden. Integration wird durchaus auch als Bringschuld der Einwanderinnen und Einwanderer, aber auch der Mehrheitsgesellschaft verstanden. Sprache und Begriffe können bereits am Anfang Ausgrenzung und Abwertung vermitteln. Deshalb sollte sorgsam mit ihnen umgegangen werden. Deutsch ist heute nicht mehr nur, wer deutsche Eltern hat. Aufgabe von Politik,

Gesellschaft und Medien ist es zu vermitteln, dass eine Einwanderungsgeschichte zu haben nichts Negatives ist. Bildung und Arbeit sind zentrale Politikfelder für das Gelingen von Integration. Ein Heimatgefühl wird häufig aber auch durch Symbole und konkretes Handeln vermittelt, z.B. durch Einbürgerungsfeiern oder die interkulturelle Öffnung des Öffentlichen Dienstes.

OSTDEUTSCHLAND BESSER WAHRNEHMEN

DIE DEBATTE: Gerade unter Ostdeutschen wird eine größere Skepsis gegenüber Demokratie, Parlamentarismus und staatlichen Institutionen wahrgenommen. Kontrovers diskutiert wird, wodurch diese Skepsis und Enttäuschung verursacht worden sind. Dass unser politisches und gesellschaftliches System westdeutsch, mit westdeutschen Eliten geprägt ist, scheint als eine wesentliche Erklärung dafür. Mangelnde Anerkennung der individuellen Lebensleistung im Osten kommt hinzu. Um diese Skepsis abzubauen, muss auch die Nachwendzeit aus den unterschiedlichen Perspektiven konsequent aufgearbeitet und ostdeutsche Eliten – in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – gefördert werden. Notwendig ist auch eine konkrete Politik für Ostdeutschland: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West, die angemessene Verlagerung von Bundesbehörden nach Ostdeutschland oder der Aufbau sozialer Infrastrukturen gerade im ländlichen Raum.

GLEICHBERECHTIGUNG LEBEN

DIE DEBATTE: Als Querschnittsthema ist die Gleichstellung von Frauen und Männern in der SPD derzeit nicht erkennbar – trotz verbaler Aufgeschlossenheit. Drastisch wird formuliert: „Grauensvoll, wie Feminismus in der Partei gelebt wird“. Gerade im Zuge der Digitalisierung erinnert die Frage nach Gleichberechtigung an frühere Debatten, z.B. um Rollenklischees oder mehr Frauen in Männerberufen. Künstliche Intelligenz und Algorithmen stellen eine neue Herausforderung für die Geschlechterfrage dar. Deshalb muss Rollenbildern und -klischees schon früh etwas entgegengesetzt werden. Viele Digitalisierungs-Projekte, die sich an Frauen richten, sind Stückwerk. Es braucht einen größeren Ansatz. Thematisiert und kritisiert wird auch die Gleichstellung innerhalb der Sozialdemokratie. Jünger, weiblicher und vielfältiger zu werden, gelingt der SPD noch nicht.

FREIRÄUME FÜR KUNST UND KULTUR SCHAFFEN

DIE DEBATTE: Kunst und Kultur verfolgen keinen vorgegebenen Auftrag. Sie wirken durch die Auseinandersetzung, durch das Gespräch, das sich aus ihnen ergibt. Kunst und Kultur brauchen Freiheit sowie verlässliche Rahmenbedingungen. Die prekäre Situation vieler Künstlerinnen und Künstler erschwert künstlerisches Schaffen. Wir müssen die Künstlersozialversicherung stärken und ein verlässliches Urheberrecht garantieren. Die Förderung von Kultur und Kreativwirtschaft müssen in einer Hand liegen. Dabei darf Kulturförderung als Standortmarketing jedoch kein politischer Ansatz sein. Kunst und Kultur müssen gerade auch in ländlichen Räumen gestärkt werden.



Foto: ©gettyimages.de

STAATLICHE DASEINSVORSORGE STÄRKEN

DIE DEBATTE: Die Durchökonomisierung und Privatisierung von wesentlichen Elementen der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen beendet werden. Zentrale Lebensbereiche müssen wieder in öffentliche Hände kommen und mit ausreichend Personal ausgestattet werden. Bildungseinrichtungen, die Chancengleichheit für alle gewährleisten sollen, ein funktionierendes und hochentwickeltes Gesundheitswesen, Rente, Pflege und die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht dem Gewinnstreben von Konzernen unterliegen.

MOBILITÄT NEU DENKEN – VERKEHRSWENDE ORGANISIEREN

DIE DEBATTE: Nötig sind mehr Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur. Vor allem im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) müssen Privatisierungen gestoppt und wieder in staatliche Unternehmen überführt werden. Der ÖPNV soll kostenfrei und damit zu einer echten Alternative für alle Bürgerinnen und Bürger werden. Dazu gehört auch eine Vereinheitlichung der Tarifsysteme, die Reaktivierung stillgelegter Strecken (auch im ländlichen Raum), mehr Raum für Radverkehr und Fußgänger in den Städten bis hin zur autofreien Stadt („Städte für Menschen, nicht für Autos“), mehr Barrierefreiheit, mehr Lärmschutz, mehr Elektromobilität. Insgesamt soll das Thema in der Sozialdemokratie einen höheren Stellenwert erhalten, um die SPD als die Partei zu profilieren, die soziale und ökologische Interessen miteinander verbindet. In der Diesel-Krise ist hartes Durchgreifen gefragt. Für den Dieselmotoren-Skandal müssen die Hersteller haften und mit entsprechenden Strafgehdern belegt werden.

BEZAHLBAREN WOHNRAUM SCHAFFEN

DIE DEBATTE: In den Großstädten muss bezahlbarer Wohnraum geschaffen und gleichzeitig eine soziale Durchmischung von städtischen Quartieren erreicht werden. Dazu müssen Wohnungs- und Bodenspekulation unterbunden werden; öffentlich geförderter Wohnraum muss dauerhaft in der Gemeinnützigkeitsbindung bleiben. Die öffentliche Hand soll Vorerwerbsrechte bei Verkauf, Erbschaft und Schenkung von Mietshäusern zum Eigentumsentschädigungspreis erhalten. Ehemals öffentlicher Wohnungsbestand muss in kommunale Hände rückübertragen werden. Erbbaurechte sollen erweitert und eine Verpflichtung zur Reinvestition von Gewinnen eingeführt werden, genauso wie Kostenmieten und Miet-Obergrenzen. Weitere Privatisierungen soll es nicht geben.

GUTES LEBEN IN DER STADT UND AUF DEM LAND

DIE DEBATTE: Unsere Städte müssen sozial gestaltet werden. Die Lebensverhältnisse in Stadt und Land dürfen nicht (weiter) auseinanderdriften. Dazu sind mehr Investitionen in strukturschwache Regionen nötig, in Arbeitsplätze, schnelles Internet und die Gesundheits- und Pflegeinfrastruktur. In den Städten soll bezahlbarer Wohnraum im Fokus stehen, außerdem Investitionen in Bildungs- und Freizeit-Infrastruktur, vor allem in benachteiligten Quartieren (Schwimmbäder, Parks, Bibliotheken etc.).

BILDUNG NEU DENKEN



Foto: ©gettyimages.de

AUFSTIEGSVERSPRECHEN ERNEUERN

DIE DEBATTE: Von der Kita bis zur Hochschule – durch eine aktive sozialdemokratische Bildungspolitik gilt es unser Land zusammenzuhalten. Ihr Versprechen „Aufstieg durch Bildung“ hat die SPD nie modernisiert und führt ihre bildungspolitischen Debatten heute zu stark aus Sicht von Akademikerinnen und Akademikern. Bildungspolitik sollte nicht nur als Ausgleich sozialer und gesellschaftlicher Benachteiligungen verstanden werden, sondern auf das Leistungsvermögen aller setzen. Es braucht ein neues Versprechen, das Aufstieg, Bildung, Leistung und Verlässlichkeit miteinander verbindet.

HÜRDEN IM BILDUNGSSYSTEM ABBAUEN

DIE DEBATTE: Bildungschancen sind noch immer von Herkunft abhängig. Es gibt vielfältige Vorschläge, wie man diesen Zusammenhang durchbricht: das Kooperationsverbot abschaffen; das dreigliedrige Schulsystem überwinden; mehr Ganztagschulen; eine bessere Ausstattung der Berufsschulen und insgesamt mehr Wertschätzung für die berufliche Bildung oder eine Ausbildungsoffensive für mehr Fachkräfte. Die Chancen digitaler Bildung gilt es zu nutzen und den technischen wie fachlichen Rahmen dazu zu verbessern, ohne auf Kompetenzen auch aus der analogen Welt zu verzichten. Auch bei der Integration kommt dem Bildungssystem eine entscheidende Rolle zu.

IN BILDUNG INVESTIEREN

DIE DEBATTE: Gute Bildung braucht mehr finanzielle Investitionen: in das Bildungssystem, soziale Infrastrukturen (z.B. Schulen, Schulsozialarbeit, Sport- und Freizeitanlagen) und die individuelle Bildungsfinanzierung. Ein Mehr an besserer Bildung gelingt nur, wenn massiv schon in Kita und Grundschule investiert wird. Hier werden die Weichen gestellt, die Bildungschancen bestimmen. So unterstützen gute Ganztagschulen Familien und sichern einen Zugang zu Bildung unabhängig von Herkunft oder sozialer Lage. Das BAföG muss ausgebaut und um finanzielle Einstiegs Pakete ergänzt werden, die schon vor Beginn eines Studiums unterstützen. Durchaus kontrovers diskutiert bleibt die Frage, ob Mittel, die für die Einführung eines Grundeinkommens nötig wären, in diesen Bereichen nicht möglicherweise besser investiert wären.

AUF DER HÖHE DER ZEIT BLEIBEN: WEITERBILDUNG UND QUALIFIZIERUNG

DIE DEBATTE: Bildung hört bei Ausbildung oder Studium nicht auf. Die Zukunft der Arbeit, die Digitalisierung, die Sicherung von Demokratie und Partizipation braucht lebenslanges Lernen. Kompetenzen und Fähigkeiten müssen immer wieder erneuert und erweitert werden, nicht nur aus wirtschaftlichen Interessen. Weiterbildung und Qualifizierung müssen zu einem zentralen Element unseres Sozialstaates werden. Durch stabile gesetzliche Vorgaben, vor allem einem Rechtsanspruch auf Weiterbildung, muss der Staat den Rahmen setzen. Aber auch die Sozialpartner tragen Verantwortung. Lebenslanges Lernen darf keine Drohung sein. Es braucht vielmehr einen kulturellen Wandel, Menschen müssen wieder Lust auf Bildung bekommen.

DEMOKRATISCHE BILDUNG LEBEN

DIE DEBATTE: Der Gefährdung unserer Demokratie durch den zunehmenden Rechtsruck und eine sich vertiefende soziale Spaltung müssen wir durch gelebte demokratische Bildung entgegenreten. Dafür braucht es Räume und die politische Bildung in allen ihren Facetten muss gestärkt werden. Auch um der Demokratie- und Institutionenskepsis in Ostdeutschland zu begegnen.

WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG VORANBRINGEN

DIE DEBATTE: In Wissenschaft und Forschung gilt es, wieder alle gesellschaftlichen Fragen im Blick zu haben, nicht nur die Interessen Einzelner. So hat unser Wissenschaftssystem enormen Nachholbedarf bei der Gleichstellung von Männern und Frauen. Auch die Beschäftigungsbedingungen gilt es zu überholen. Angefangen bei den Promovierenden, die für 100% Beschäftigung auch zu 100% entlohnt werden sollen. Forschungsergebnisse, die öffentlich finanziert werden, sollen auch öffentlich zugänglich sein. Im Sinne einer wissenschaftlichen Politikberatung muss die Lösung realer Probleme abseits theoretischer Modelle – zum Beispiel in den Wirtschaftswissenschaften – im Vordergrund stehen.



Foto: ©offset.com

WIR IN DER WELT

GLOBALISIERUNG SOZIALDEMOKRATISCH GESTALTEN

DIE DEBATTE: Einigkeit und Souveränität der EU sind nötig, um den Einfluss eines demokratischen Europas in einer zunehmend multipolaren Welt mit autoritären Regierungen zu sichern. Wir brauchen immer häufiger globale Antworten auf aktuelle Fragen (bspw. Klima und sozial-ökologischer Wandel). Und dafür brauchen wir Verbündete in der Politik, um aufzuzeigen, dass Globalisierung abseits des Neokapitalismus funktionieren kann. Keiner kann das besser als die Sozialdemokratie. Hierfür ist eine internationale Vernetzung wichtig, um ein internationales Globalisierungsprogramm mit sozialdemokratischer Handschrift durchzusetzen. Als Leitmotiv sollte stets der Einsatz für Demokratie und Menschenrechte über wirtschaftlichen Interessen stehen. Entwicklungs- und Schwellenländer akzeptieren wir als gleichberechtigte Partner – nicht zuletzt in Handelsbeziehungen.

KONSEQUENT FÜR DEN FRIEDEN EINSETZEN

DIE DEBATTE: Eine aktive Friedenspolitik funktioniert nur, wenn man die alten Feindbilder aus Zeiten des Kalten Krieges ablegt. So dürfen wir Russland nicht weiter als unseren zentralen Feind ansehen. Die transatlantischen Beziehungen werden zudem von der Trump-Administration auf die Probe gestellt. Deshalb sollten wir unsere Verteidigungspolitik stärker auf europäischer Ebene organisieren (mit einem Europäischen Verteidigungsbündnis, mit einer Europäischen Armee). Es ist wichtig, dass sich Europa und Deutschland konsequent und sichtbar für Frieden einsetzen. Wichtig für eine Friedenspolitik ist eine Entspannungspolitik. Und Entspannungspolitik mit sozialdemokratischer Handschrift bedeutet Abrüstungspolitik – gerade mit Blick auf konventionelle Aufrüstung, auf atomares Wettrüsten wie auch auf mögliche Aufkündigungen mühsam ausgehandelter Abrüstungsverträge wie den INF-Vertrag über die Vernichtung nuklearer Mittelstreckenraketen.

FLUCHTURSACHEN BEKÄMPFEN

DIE DEBATTE: Fluchtursachen können wir am besten bekämpfen, indem wir die Lebensbedingungen vor Ort verbessern – denn oft haben wir es mit zu verantworten, dass Menschen ihre Heimat verlassen wollen oder verlassen müssen. Der rasch fortschreitende Klimawandel geht vor allem auf das Konto der Industriestaaten, während besonders die Bevölkerungen ärmerer Regionen der Welt die Leidtragenden sind. Wir wollen aktiver die Umwelt schützen, als wir es bisher getan haben. Dafür muss auch die Forschung ausgebaut werden, um negative Prozesse möglicherweise wieder rückgängig machen zu können. Umweltfragen darf die SPD nicht den Grünen überlassen. Weitere Auslöser von Fluchtbewegungen sind politische Krisen. Wir brauchen eine proaktive Krisendiplomatie und ein rigoroses Exportverbot von Waffen in Krisenregionen.

RÜSTUNGSPOLITIK ÜBERDENKEN

DIE DEBATTE: Unsere Maxime: keine Rüstungsgüter in Krisengebiete, an Diktaturen oder in Regionen, wo sich der Verbleib der Waffen nicht sicherstellen lässt. Deshalb müssen wir unsere Rüstungspolitik überdenken. Deutschland kann durch seine wirtschaftliche Stärke mehr Zeichen setzen als bisher. Und die SPD soll die Initiative für Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa ergreifen. Wir brauchen eine gesetzliche Festlegung der Rüstungsexportrichtlinien, eine bessere Einbeziehung des Bundestages und zugleich mehr Transparenz gegenüber Bürgerinnen und Bürgern.

EINE NEUE OSTPOLITIK

DIE DEBATTE: Das Verhältnis zwischen Europa und Russland ist für die Zukunft europäischer Sicherheitspolitik von zentraler Bedeutung. Es gibt regionale und internationale Herausforderungen, die wir nur zusammen mit Russland bewältigen können. Das erfordert eine neue Ostpolitik, um Blockaden aufzubrechen und aus der politischen Sackgasse herauszukommen. Das kann nur zusammen mit unseren europäischen Partnern geschehen. In der Tradition von Brandt/Bahr kann nur die deutsche Sozialdemokratie diesen notwendigen Politikwechsel vorantreiben. Deutschland kann ein Brückenbauer zwischen Ost und West sein. Klar ist aber auch: Russland darf nicht gewaltsam Grenzen in Europa verschieben. Sanktionen müssen konsequent umgesetzt werden und sollten nicht an Zeitabläufe, sondern an konkrete Fortschritte (Beispiel: Ukraine) gekoppelt sein.

REGELN UND STANDARDS FÜR DEN INTERNATIONALEN HANDEL SETZEN

DIE DEBATTE: Internationaler Handel braucht Regeln und Standards. Und diese müssen von der SPD gesetzt werden. Dazu gehören: Umwelt, Klima, CO₂-Standards, Arbeitnehmerrechte, Gewerkschaften und Menschenrechte. Verlorengegangenes Vertrauen in den Freihandel muss wieder durch demokratische und transparente Prozesse aufgebaut werden. Die Politik muss sich in dem Feld gegenüber zivilgesellschaftlichen Bewegungen mehr öffnen. Es muss festgesetzt werden, wogegen nicht geklagt werden darf und was unangetastet bleiben muss – wie Daseinsvorsorge, Arbeitnehmerrechte und materielle Schutzstandards. Und als Druckmittel zur Einhaltung der Schutzstandards braucht es konkrete Sanktionen. Wir müssen darauf achten, dass Klimaabkommen stets über Handelsabkommen gestellt werden.

MEHR UNTERSTÜTZUNG FÜR AFRIKA

DIE DEBATTE: Afrika ist ein Kontinent mit großen Herausforderungen und vielen Hoffnungen. Wir wollen die Menschen dort mit einem Marshall-Plan für Afrika unterstützen. Wir brauchen die Förderung von Kleinbauern und Frauen (u.a. mit Mikrokrediten), damit diese eine umwelt- und klimagerechte Landwirtschaft in den von Hunger betroffenen Gebieten betreiben können. Wer Zukunftschancen nutzen will, braucht eine gute Bildung und Fachwissen. Dafür wollen wir zukunftsweisende Programme aufsetzen. Allen voran steht die Frage: Welche Verantwortung tragen wir an der prekären Lage in vielen afrikanischen Staaten? Die Ausbeutung ärmerer Länder durch eine neokoloniale Wirtschaftspolitik muss sofort und konsequent beendet werden. So schadet dem Kontinent beispielsweise der Import subventionierter Lebensmittel aus Europa.

INTERNATIONALES RECHT DURCHSETZEN

DIE DEBATTE: Wir wollen für die Zukunft konsequent und nachhaltig sicherstellen, dass für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in aller Welt – insbesondere dort, wo europäische Unternehmen produzieren – faire Löhne, vernünftige Arbeitsbedingungen und Sicherheit gewährleistet sind. Dafür braucht es eine Rechtsetzung und den Zugang für Betroffene zum Recht – das müssen wir finanziell absichern. Opfern von Menschenrechtsverletzungen soll ein Klagerecht auch in Deutschland bzw. Europa eingeräumt werden – finanziell unterstützt, im Sinne einer Prozesskostenhilfe.



Foto: ©SPD

INTERNE KOMMUNIKATION & WISSENSTRANSFER MODERNISIEREN

DIE DEBATTE: Es besteht ein großer Wunsch nach einer stärkeren Vernetzung zwischen hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, ehrenamtlichen Mitgliedern und Ortsvereinen. Das Ziel: Parteiinternes Wissen soll transparenter werden und allen Mitgliedern zur Verfügung stehen. Dies soll durch den Einsatz digitaler Tools gewährleistet werden. Vorgeschlagen wird zum Beispiel eine Database. In dieser Datenbank werden politische Ideen und Projekte als zentrales Antragsbuch gespeichert und allen Mitgliedern als „Ideenpool“ zur Verfügung gestellt. Neben dem Einsatz digitaler Tools werden mehr persönliche Kontaktmöglichkeiten zwischen der Parteispitze und der Basis gewünscht.

POLITISCHE ZIELE KLARER KOMMUNIZIEREN

DIE DEBATTE: Eine klare politische Leitlinie wird deutlich gewünscht. Jeder Mensch in Deutschland sollte wissen, für welche Prinzipien und Ziele die SPD der Zukunft steht. Die SPD muss sich an diesen Prinzipien und Zielsetzungen messen lassen. Gefordert wird eine klare und positive Sprache – ohne populistische Floskeln. Dabei sollte man weiterhin auf vernunftbasierte Argumentation setzen, die politischen Ziele aber emotionaler bewerben.

INNOVATIVE ORGANISATIONSSTRUKTUREN

DIE DEBATTE: Die Frage nach einer organisatorischen Neuaufstellung bewegt Viele. Klassische Mitmachformate zeichnen sich durch Regelmäßigkeit, physische Präsenz und Zeitintensität aus. Viele bemängeln, dass das große Potenzial an Fähigkeiten und Kenntnissen in unserer Partei so nicht genutzt wird. Innovative und niedrigschwellige Formate sowie Projektorientierung sollen diese ungenutzten Potenziale entfalten.

ZUKUNFT DER ORTSVEREINE GESTALTEN

DIE DEBATTE: Es besteht Kritik an den Beteiligungsstrukturen in den Ortsvereinen. Diese würden sich nicht mehr an der Lebensrealität ihrer Mitglieder orientieren. Jüngere sowie beruflich und familiär beanspruchte Mitglieder möchten sich stärker abseits klassischer Strukturen einbringen. Gewünscht wird das Arbeiten in kleinen, projektorientierten Gruppen. Ortsvereinsvorstände sollen stärker als bislang das Engagement der Mitglieder ermöglichen und aktiver Mitglieder fördern. Dafür sollten Weiterbildungsmöglichkeiten geschaffen werden. Inwiefern dies in mitgliederschwachen Regionen zu gewährleisten ist, war Gegenstand kontroverser Diskussionen.

POTENZIALE NUTZEN – MITBESTIMMUNG STÄRKEN

DIE DEBATTE: Das Engagement in der SPD soll Spaß machen und motivieren. Innerparteiliche Transparenz und Beteiligung sollen ausgebaut und die Potenziale der Mitglieder intensiver genutzt werden. Hierzu zählen vor allem mehr direkte Mitbestimmung und niedrigschwellige Angebote. Gewünscht werden mehr Möglichkeiten und Perspektiven für politisch talentierte Quereinsteiger. Mögliche Lösungen versprechen u.a. digitale Mitmachmöglichkeiten und bessere, familienfreundlichere Sitzungszeiten.

PARTEIARBEIT DIGITALISIEREN

DIE DEBATTE: Weiterhin besteht die Forderung nach digitalen Beteiligungsmöglichkeiten, damit alle SPD-Mitglieder an der programmatischen Erneuerung unserer Partei mitarbeiten können – unabhängig von Zeit und Ort. Digitale Angebote bieten die große Chance einer verstärkten Vernetzung innerhalb der Partei. Dazu gehören beispielweise Formate wie das „Debattenportal“, bei welchem aber von vielen Nutzerinnen und Nutzern mehr Beteiligungs – und Austauschmöglichkeiten (z.B. Abstimmungstools, Austausch unter registrierten Nutzern etc.) gewünscht werden. Es wurde kritisch angemerkt, dass digitale Beteiligungsmöglichkeiten nicht die persönliche Beteiligung ersetzen könnten.

KOMPETENZEN STÄRKEN, KOOPERATIONEN FÖRDERN

DIE DEBATTE: Transparenz und Erreichbarkeit sind wichtig für die Zusammenarbeit von hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den ehrenamtlichen Mitgliedern. Zusätzlich sollen die Kompetenzen der Haupt- und Ehrenamtlichen gestärkt werden. Laufende Fortbildungen sollten die Regel für alle Führungskräfte innerhalb der Partei werden, auch und gerade auf Unterbezirksebene sowie in den kommunalpolitischen Zusammenhängen.